

KURZMELDUNGEN

Parkgebühr via Twint zahlen

ZUG | Der Zahlungsanbieter Twint lanciert ein neues Angebot für Autofahrer. In der Stadt Zug lasse sich bald via Twint-App die Parkgebühren bezahlen. Um Parkgebühren zu entrichten, muss mittels App ein QR-Code auf der Parkuhr gescannt werden. Nach der einmaligen Eingabe des Autokennzeichens werde im Anschluss die Parkgebühr direkt vom hinterlegten Konto oder der Kreditkarte abgebogen. Zudem sei durch die Eingabe der gewünschten Parkdauer nur die effektive Standzeit zu begleichen, da beim frühzeitigen Verlassen des Parkplatzes der Restbetrag zurückerstattet werde. **sda**

Nestlé baut weniger Stellen ab

VEVEY | Der Nahrungsmittel-Hersteller Nestlé baut etwas weniger Stellen im IT-Bereich in der Schweiz ab, als noch im Mai kommuniziert. Ursprünglich war von einem Abbau von bis zu 500 Stellen die Rede, nun sollen es noch 450 Stellen sein. Wie Nestlé am Donnerstag – im Anschluss an das Konsultationsverfahren – mitteilte, wurde die Zahl der aus der Schweiz tätigen IT-Mitarbeiter neu auf 150 festgelegt, statt der ursprünglich geplanten 100. Die Einheit hat derzeit insgesamt 600 Stellen, womit ein Abbau von rund 450 Stellen zu erwarten ist. **sda**

Velohelm-Quote steigt

BERN | Erstmals seit Beginn der jährlichen Erhebungen vor zwanzig Jahren hat die Velohelm-Tragquote in der Schweiz im laufenden Jahr die 50-Prozent-Marke überschritten. Bei der Tragquote gibt es allerdings laut bfu noch grosse Unterschiede je nach Fahrtzweck. So betrage die Helmquote bei Freizeitfahrten zwar 55 Prozent. Auf dem Schulweg seien es noch 43 Prozent und auf dem Arbeitsweg 37 Prozent. Bei der Fahrt zum Einkaufen seien es sogar lediglich noch 22 Prozent, die einen Helm tragen. Auf den schnellen E-Bikes sei der Velohelm obligatorisch, werde aber nur von 87 Prozent der Benutzer befolgt. Auf den langsameren E-Bikes betrage die Helmtragquote 67 Prozent. **sda**

Ständerat Graber geht

LUZERN | Der Luzerner Konrad Graber verabschiedet sich nach fast 40 Jahren vom politischen Parkett. Der CVP-Politiker tritt für die Ständeratswahlen im Herbst 2019 nicht mehr an. Als Bundesratskandidat steht er ebenfalls nicht zur Verfügung. Er werde mit unvermindertem Einsatz die laufende Legislaturperiode bis im kommenden Herbst zu Ende führen, schreibt der Luzerner Ständerat in einer Mitteilung vom Mittwochabend. Klar sei, dass er sich nachher nicht mehr politisch aktiv betätigen werde. **sda**

Bern | Aufsicht versagte beim Angola-Mandat von SBB-Präsidentin Ribar

Verwaltungsrat schaute weg

Der SBB-Verwaltungsrat hat seine Aufsichtspflicht schwer verletzt. Zu diesem Schluss kommt die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats (GPK) im Zusammenhang mit dem Angola-Mandat von SBB-Präsidentin Monika Ribar.

Zum Zeitpunkt ihrer Wahl an die SBB-Spitze im Januar 2016 sass Ribar im Verwaltungsrat der Offshore-Gesellschaft Capoinvest Limited. Das Unternehmen steht hinter dem Bau eines Tiefseehafens in Angola. Mehrheitsaktionär ist der wegen ungetreuer Geschäftsbeziehung verurteilte Schweizer Angolaner Jean-Claude Bastos.

Bei ihrer Bewerbung um das SBB-Präsidium hatte Ribar das heikle Mandat nicht deklariert – nach eigenen Angaben hatte sie es vergessen. Weder der SBB-Verwaltungsrat noch der Bundesrat als Wahlbehörde waren über das Capoinvest-Mandat der damaligen Vizepräsidentin im Bild. Ribar informierte den Verwaltungsrat erst nach ihrer Wahl. Wenige Tage vor Amtsantritt als Präsidentin im Juni 2016 legte sie das Mandat dann nieder.

Nach der Enthüllung der Paradise Papers im November 2017 nahm sich die GPK des Falls an. In ihrem am Donnerstag veröffentlichten Bericht stellt sie sowohl dem Bundesrat als auch dem SBB-Verwaltungsrat ein schlechtes Zeugnis aus. Zwar verfügt die SBB über einen internen Ausschuss zur Überwachung von Interessen-

bindungen. Dieser hatte aber während dreier Jahre nicht getagt – entgegen dem einschlägigen internen Reglement. Die Aufsichtskommission kommt zum Schluss, dass der Verwaltungsrat seine aktienrechtliche Aufsichtspflicht damit «schwer verletzt hat».

Ribar beaufsichtigte sich selber

Der SBB-Geschäftsbericht 2015 weist den früheren SBB-Präsidenten Ulrich Gygi und die damalige Vizepräsidentin Monika Ribar als einzige Mitglieder des Ausschusses aus. Ab Mitte Juni 2016 setzte sich das Gremium aus Ribar und dem neuen Vizepräsidenten Peter Siegenthaler zusammen. Ribar hatte es also versäumt, sich selber zu überwachen.

Die im damals geltenden Verhaltenskodex vorgesehene Selbstdeklaration hatte sie unterlassen. Gemäss einem Schreiben des SBB-Verwaltungsrats beurteilte sie Capoinvest als «nicht bedeutende Gesellschaft und damit das Mandat als nicht wesentlich», wie es im Bericht der GPK heisst.

Im Geschäftsbericht ausgewiesen

Aus diesem Grund konnte der Verwaltungsrat dem Bundesrat das Mandat nicht mitteilen, obwohl sich das zuständige Verkehrsdepartement UVEK vor Ribars Wahl ausdrücklich nach den Interessenbindungen erkundigt hatte. Nach ihrer Wahl informierte Ribar zunächst nur den Sekretär des Verwaltungsrats über das Capoinvest-Man-



Paradise Papers. Bei der Anstellung von Monika Ribar verletzte laut GPK der SBB-Verwaltungsrat seine Aufsichtspflicht schwer. **FOTO KEYSTONE**

dat, weshalb dieses im Geschäftsbericht 2015 auftaucht. Weder der Verwaltungsrat noch der Bundesrat gingen jedoch darauf ein.

Bis Ende 2017 mussten Mitglieder des SBB-Verwaltungsrats Mandate nach eigenem Ermessen selber deklarieren. Die GPK sieht in der ausgebliebenen Deklaration des Capoinvest-Mandats denn auch keinen Gesetzesverstoss. Ein System, das keine systematische Analyse der Mandate vorsah, sei aber nicht angemessen, heisst es im Bericht. Darin stellt die GPK auch fest, dass die SBB

ihre internen Vorschriften inzwischen angepasst hat. Damit sollten ähnliche Situationen künftig vermieden werden können, schreibt sie im Bericht.

Kritik am Bundesrat

Auch der Bundesrat kommt im Bericht schlecht weg. Als Eigner besitzt er grossen Einfluss auf das Unternehmen. Diesen Spielraum hat er nach Ansicht der SBB in Sachen Interessenbindungen zu wenig genutzt. Die Hauptverantwortung liege zwar beim SBB-Verwaltungsrat, der Bund sei aber «mitverantwortlich».

Die GPK fordert den Bundesrat auf, ein System einzuführen, um solche Fälle künftig zu vermeiden. Verwaltungsratsmitglieder sowie Kandidatinnen und Kandidaten für ein solches Amt sollen sämtliche Mandate unverzüglich melden müssen. Der Verwaltungsrat bundesnaher Unternehmen soll das zuständige Departement laufend über neue Mandate und über die Tätigkeit verschiedener Ausschüsse informieren. Der Bundesrat hat nun bis am 26. Oktober Zeit, zum Bericht der GPK Stellung zu nehmen. **sda**

Bern | Mit Bundespräsident Alain Berset als Festredner

SAB feiert 75 Jahre

Mit einem offiziellen Festakt hat die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB gestern in Bern ihren 75. Geburtstag gefeiert, in Anwesenheit von Bundespräsident Alain Berset.

Die SAB wurde vor genau 75 Jahren in Bern gegründet. Die SAB nahm dies zum Anlass, um die diesjährige Generalversammlung in Bern durchzuführen. Die Generalversammlung wurde gekrönt von einem würdigen Festakt mit zahlreichen prominenten Rednern aller politischen Ebenen und auch von Jugendlichen, welche die Zukunft der Berggebiete und ländlichen Räume symbolisieren.

Bundespräsident Alain Berset ging in seiner Rede auf die tragende Rolle der Berggebiete für die Schweiz ein. Die Berggebiete und ländlichen Räume prägen die Identität der Schweiz entscheidend mit. Der Bundespräsident lobte denn auch in seiner Rede zum Jubiläum das Engagement der SAB für die alpinen und ländlichen Gebiete der Schweiz als unverzichtbaren Beitrag am Land: «Investitionen in unsere Kohäsion sind immer auch Investitionen in eine erfolgreiche Schweiz.» Wichtig sei das Bewusstsein, dass Stadt und Land



Festfreude. Bundespräsident Alain Berset (links) im Gespräch mit SAB-Direktor Thomas Egger. **FOTO KEYSTONE**

aufeinander angewiesen sind.

Fast alle Kantone sind auch Mitglied der SAB. Stellvertretend für diese Kantone richtete Regierungsrat Christian Vitta aus dem Kanton Tessin ein paar Worte an die Anwesenden. Christian Vitta ist gleichzeitig Präsident der Regierungskonferenz der Gebirgskantone RKGK. Namens des Kantons Tessin und der RKGK bedankte sich Christian Vitta für den unermüdbaren Einsatz der SAB zugunsten der Berggebiete und ländlichen Räume. Dass sich dieser Einsatz lohnt, zeigt sich beispielsweise beim gemeinsamen Kampf um die Wasserzinsen. Die Gebirgskantone und

-gemeinden erhalten aktuell rund 550 Millionen Franken an Wasserzinsen. Für diese Kantone und Gemeinden sind das sehr wichtige, manchmal fast die einzige Einnahmequelle und eine Entschädigung für die Bereitstellung der Ressource Wasser zur Stromerzeugung.

Die SAB betreut in der Schweiz auch verschiedene Netzwerke. Eines dieser Netzwerke ist das Gemeindeförderungswerk Allianz in den Alpen. Sabine Wermelinger, Gemeindepräsidentin von Flühlisörenberg und Präsidentin dieses Gemeindeförderungswerkes, lobte die SAB als «die gute Seele der Berggebiete». **wb**

Verdacht der Vorteilsnahme

GENÈVE | Die Genfer Staatsanwaltschaft hat am Donnerstag Ermittlungen gegen den kantonalen Regierungspräsidenten Pierre Maudet angekündigt. Sie verdächtigt ihn der Vorteilsnahme bei einer Reise nach Abu Dhabi 2015. Das Kantonsparlament muss den Ermittlungen noch zustimmen. Die Staatsanwaltschaft schrieb am Donnerstag, Maudet, seine Familie und sein Stabschef seien zu einem Formel-1-Rennen in das arabische Emirat gereist. Kronprinz Scheich Mohamed Bin Zayed bin Al-Nahyan habe sie formell eingeladen. Maudet, im September letzten Jahres Bundesratskandidat der FDP gegen Ignazio Cassis, sagte bisher stets, die Reise sei privat gewesen und von einem Freund bezahlt worden. Beweiselemente deuten allerdings in eine andere Richtung: Der Kronprinz soll die Flüge in der Businessclass und die Unterkunft für mehrere Tausend Franken bezahlt haben. Der zuerst als Zahlender genannte Geschäftsmann Saïd Bustany habe überhaupt nichts mit der Reise zu tun gehabt, schreibt die Genfer Staatsanwaltschaft. Das sei von den Beteiligten 2018 so abgemacht worden, um die wahre Finanzquelle zu vertuschen. **sda**

Bonny-Preis an Peter Gomez

BERN | Die Bonny Stiftung für die Freiheit hat den mit 100 000 Franken dotierten Preis für die Freiheit an Peter Gomez verliehen. Er wurde für seine grossen Verdienste in der Lehre, Forschung und Praxis des vernetzten Denkens und eines Management- und Führungsansatzes, der auf Freiheit und Verantwortung basiert, ausgezeichnet. Der 1947 in St. Gallen geborene Gomez war unter anderem Rektor der Universität St. Gallen und später Verwaltungsratspräsident der Schweizer Börse. Er verfasste 14 Bücher und über 180 Fachpublikationen auf den Gebieten des strategischen Managements, der Unternehmensorganisation, des vernetzten Denkens im Management und der gesellschaftlichen Funktion des Managements. **sda**

Basler Bühne «Theater des Jahres»

BASEL | Das «Theater des Jahres» steht in Basel. Im Bühnenranking der deutschsprachigen Kritiker kam das derzeit noch von Andreas Beck geleitete Theater Basel auf Platz eins. Für die Bühne stimmten acht der insgesamt 43 befragten Theaterexperten aus der Schweiz, Deutschland und Österreich, wie die Fachzeitschrift «Theater heute» mitteilte. Vom «Theater des Jahres» in Basel stammen gefeierte Inszenierungen wie Büchners «Woyzeck» in der Regie von Ulrich Rasche und Ewald Palmethofers Hauptmann-Interpretation «Vor Sonnenaufgang» in der Regie von Nora Schlocker. **sda**